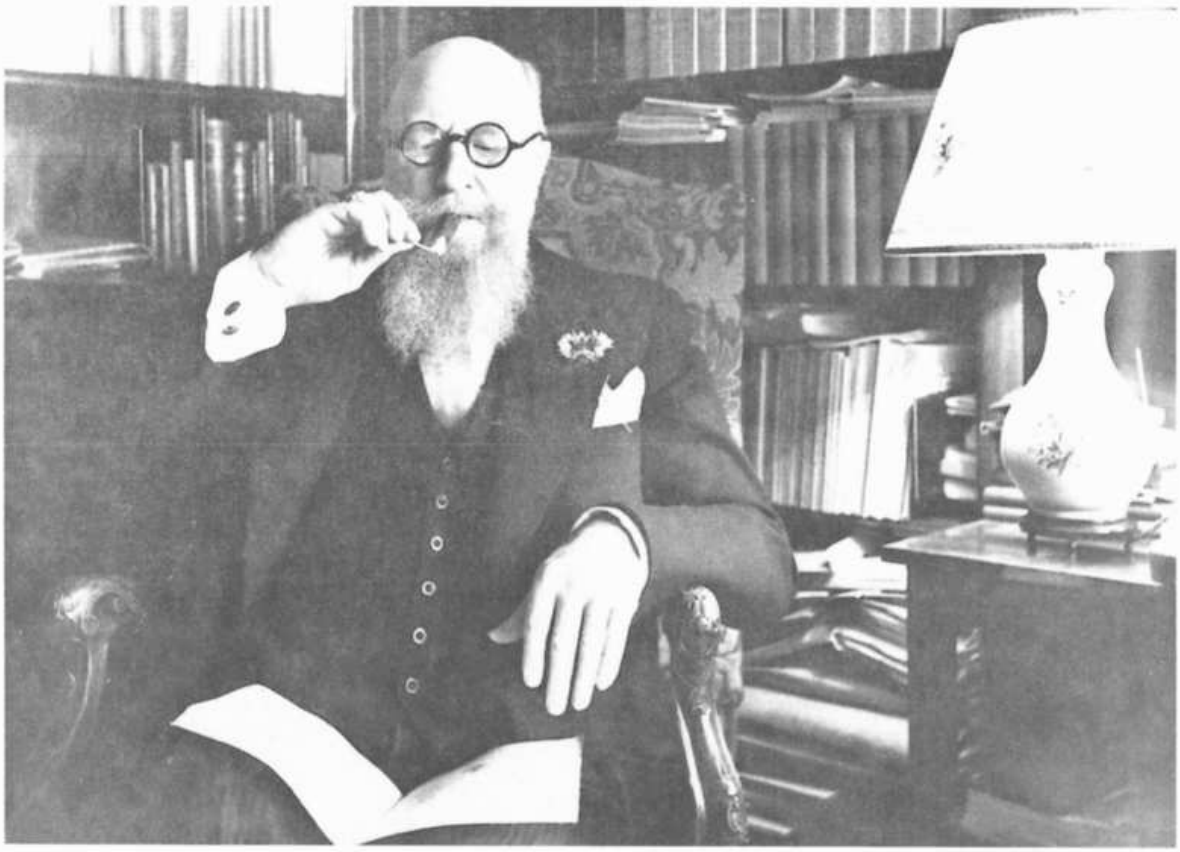
Gerd Callesen
Thorvald August Marinus Stauning

Stauning ist in Dänemark und vor allem in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein Mythos geworden. Bestimmte Stereotypen begleiten fast jede biographische Darstellung über ihn, etwa daß er etwas *„in seinen Bart brummte"*[1]. „Das sozialdemokratische Jahrhundert", wie es um 1900 von verschiedenen Verfassern der Arbeiterbewegung proklamiert wurde, wurde in der Zwischenkriegszeit von ihm verkörpert. Obgleich seine Zeit als Chef einer sozialdemokratisch geführten (Koalitions)Regierung im wesentlichen in die Not- und Krisenjahre 1924-26 und 1929-42 fiel, ist er der einzige dänische Politiker im 20. Jahrhundert, der im öffentlichen Bewußtsein die Funktion des „Landesvaters" bekommen hat. Dies, obwohl sein persönliches Verhalten — teils Frauengeschichten, teils die bekannt gewordenen Sauftouren — eigentlich nicht in ein solches Bild passen. Anscheinend war er nur im kleineren Kreis alter Freunde und Genossen aufgeschlossen, in der Öffentlichkeit war er vielmehr introvertiert und zurückhaltend — schüchtern könnte man es vielleicht nennen. Als Redner und Schriftsteller war er unterdurchschnittlich, eine geschlossene theoretische Aussage von ihm liegt nicht vor. Er war jedoch ein geschickter politischer Taktiker, hatte einen Blick für die Macht der Organisation und zeigte ungeheuren Arbeitseinsatz — normalerweise keine Eigenschaften, die einen charismatischen politischen Führer auszeichnen. Erklärbar ist er als solcher vermutlich nur, weil er als die Verkörperung der aufsteigenden Arbeiterklasse verstanden wurde.

Geboren wurde er am 26. Oktober 1873 in Kopenhagen als einziges Kind der Hausfrau Caroline Stauning und ihres Man-

[1] Hans Lyngby Jepsen: Stauning. En folkelig biografi, København 1988. Zu weiteren biographischen Darstellungen vgl. Mette Charlotte Rask Sørensen et al.: Th. Stauning 1873-1942. En bibliografi — ABA's bibliografiske serie 1 — København 1973, Nummer 1621-1630.



Thorvald Stauning (1873-1942) als Staatsminister. Sein politisches Wirken von mehr als 30 Jahren machte ihn zu einem der führenden Politiker Dänemarks.

nes Peter. Thorvalds sieben Jahre älterer Onkel, den er als seinen Bruder betrachtete, wuchs ebenfalls in der Familie auf. Der Vater war eigentlich Stellmacher, übte aber seinen Beruf nicht aus. Er war oft arbeitslos, hatte jedoch über einen längeren Zeitraum Anstellung als ungelernter Arbeiter bei den Staatsbahnen. Die Mutter litt an Gichtfieber und an einem schwachen Herzen und konnte daher nicht, wie es sonst üblich war, arbeiten gehen. Der Familie ging es daher finanziell schlecht, Th. Staunings Lohn als Laufbursche seit seinem neunten Lebensjahr in verschiedenen Geschäften war daher ein notwendiger Bestandteil des Familieneinkommens — etwa die Hälfte der Wohnungsmiete wurde von diesem bezahlt. Damit unterschied sich die Familie kaum von den anderen Mitgliedern der unteren Schichten der Kopenhagener Arbeiterklasse.

Allerdings bestand die Mutter darauf, daß ihr Sohn die bessere der zwei möglichen Schultypen besuchte, die ihm offenstanden, nämlich die Bezahlungsschule, obgleich dies eine Belastung für den Familienhaushalt bedeutete. Offensichtlich war er ein guter Schüler, aber er empfand später den Unterricht als unzureichend und nahm daher während seiner Lehre an kostenlosen Kursen des linksliberalen Studentenverbandes teil, um dort Deutsch und Buchhaltung zu lernen.

1871 wurde der „Internationale Arbeiterverein für Dänemark", die dänische Sektion der I. Internationale, gegründet. Die folgenden Jahre waren nicht nur von dem Kampf der Arbeiterklasse gekennzeichnet, in der Öffentlichkeit stand vielmehr der Verfassungskampf im Vordergrund. Die Hauptgegner in diesem waren einesteils die selbständigen Bauern mit einem Teil der städtischen Intelligenz und anderenteils das Königshaus, die Gutsbesitzer, die Beamtenschaft und das konservative Bürgertum. In diesem Kampf um die Anerkennung des Parlamentarismus unterstützte die Arbeiterbewegung politisch die demokratische Bauernpartei, obwohl ihr bewußt war, daß diese einen ihrer sozialen Gegner vertrat. In dieser politischen Atmosphäre wuchs der junge Stauning auf. Die äußere Lage erinnert gewiß an die gleichzeitige im Deutschen Reich während des Sozialistengesetzes, modifiziert durch dänische Konzilianz: Immerhin gab es aber auch in Dänemark Ausnahmegesetze, Attentate auf konservative Politiker, die zum Anlaß für weitere Unterdrückung genommen wurden, usw.[2]

Staunings Eltern waren politisch nicht engagiert, jedenfalls war der Vater weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert. Das waren jedoch die männlichen Geschwister, sowohl der Mutter wie des Vaters, die nach und nach die Eltern Staunings in die Arbeiterbewegung zogen, so daß ihr Sohn auch die politischen Kämpfe aktiv miterlebte. Bei der Reichstagswahl 1884 wurden die ersten zwei Sozialdemokraten in das Parlament gewählt, und der Vater trat 1885 der Partei bei.

Nach Beendigung der Volksschule gelang es Thorvald 1887, eine Lehre als Zigarrensortierer anzufangen, die er 1891 abschloß. Der Beruf sagte ihm anscheinend zu, aber seine Interessen reichten weiter. Im Mai 1890 trat er als 16jähriger der Sozialdemokratischen Partei bei, nachdem er an der ersten Mai-

[2] Vgl. zur Entwicklung der dänischen Arbeiterbewegung bis 1914 den Abschnitt „Denmark" in Marcel van der Linden/Jürgen Rojahn: The Formation of Labour Movements 1870-1914. An International Perspective, Leiden 1990, S. 131-160.

In der Tabakfabrik in der Fredericia. Stauning steht in der 2. Reihe (4. von links) (Alle Fotos stammen aus Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv in Kopenhagen. Die Auswahl der Fotos besorgte dort Karen Kræmer)

demonstration teilgenommen hatte. Eigentlich war die Altersgrenze 18 Jahre, es scheint jedoch, daß er sich schnell Vertrauen erwarb und offenbar älter wirkte, als er war; so wurde er noch während seiner Lehre Vorstandsmitglied einer Krankenkasse.

Nach Abschluß der Lehre ging er für ca. zwei Jahre nach Fredericia in Jütland, wo er sich auch sofort gewerkschaftlich organisierte und die sozialdemokratische Zeitung abonnierte. Obgleich er sich zum Vorarbeiter befördern ließ, nahm er 1892 an einem Streik teil und wurde darauf prompt nach Abschluß des Streiks entlassen, doch erzwangen die Kollegen seine Wiedereinstellung. Einige Monate später wurde er jedoch endgültig entlassen, worauf er in Hamburg Arbeit suchte. Dort fanden ebenfalls umfassende Streikkämpfe statt, und die Gewerkschaft wünschte keinen Zuzug, so daß Stauning nach einigen Wochen nach Kopenhagen zurückkehrte. Bis 1899 arbeitete er noch als Zigarrensortierer, aber auf Grund seiner Aktivitäten in der Arbeiterbewegung nach und nach immer weniger.

Funktionär der Arbeiterbewegung

Der 21jährige nahm 1894 als Delegierter am Tabakarbeiterkongreß teil und wurde Hauptvorstandsmitglied, zwei Jahre später Vorsitzender der Gewerkschaft der Zigarrensortierer, ein Halbtagsposten, den er bis 1908 behielt. Auf diesem entwickelte er seine organisatorischen Fähigkeiten wie auch ein beachtliches Verhandlungstalent in den Tarifverhandlungen. Die jetzt begonnene Laufbahn als Funktionär der Arbeiterbewegung wurde ausgebaut. 1898 wurde er Redakteur des Gewerkschaftsorgans Samarbejdet und leitete seine journalistische Karriere ein. Die Gestaltung der Zeitung änderte er in einigen charakteristischen Punkten. So versuchte er, regelmäßig Beiträge „speziell für Frauen“ zu veröffentlichen, eine Linie, die er allerdings

nur begrenzt durchhalten konnte. Die zweite Neuerung war die Einführung eines kulturpolitischen Teils. In fast jeder Ausgabe der 160-170 Nummern seiner siebenjährigen Redakteursperiode schrieb er selber, wie die Signaturen vermuten lassen, Buch- und Theateranzeigen. Die meisten waren kurze Vorstellungen, alle waren sehr subjektiv gehalten, zeugten aber häufig von Einsicht in die Wirkungsmittel von z.B. Trivialliteratur. Übrigens dürfte er auch seine Frau zu dieser Arbeit herangezogen haben, wie die Signaturen A. und Anna unter Anzeigen, etwa von Kochbüchern, andeuten. Wie er später sagte, geschah das *„aus der Ansicht heraus, daß Literatur bildet und entwikkelt"*[3].

Trotz des gewerkschaftlichen Ausgangspunktes gelang es ihm in mehreren Versuchen nicht, weitere Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. 1898 wurde er zum Hauptkassierer der Sozialdemokratischen Partei ernannt, aber auch dies war nur ein Halbtagsposten. Es reichte jedoch aus, um eine Familie gründen zu können. Im November 1898 heiratete er im Kopenhagener Rathaus die Zigarrenarbeiterin Anna Jensen und im folgenden Jahr wurde der Hauptkassiererposten in eine volle Stellung verwandelt. Damit war der Funktionärsstab der Sozialdemokratischen Partei verdoppelt, neben dem Vorsitzenden Peter Knudsen gab es jetzt auch den Hauptkassierer. Hier wurde die Grundlage für die politische Laufbahn Staunings gelegt.

Peter Knudsen war seit 1882 der Parteivorsitzende; von Beruf Handschuhmacher, war er seit Mitte der 1870er Jahre aktiv in der Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Zusammenbruch der Organisationen 1878 gehörte er zu dem kleinen Kern der aktiven Sozialisten, die die Arbeiterbewegung aus der organisatorischen und politischen Krise in einen neuen Aufschwung hineinführten. Er war nicht nur ein Praktiker, sondern erarbeitete sich auch eine gründliche Einsicht in die Theorie der Arbeiterklasse und schrieb auf dieser Grundlage einige für die Entwicklung der dänischen Arbeiterbewegung zentrale Texte, die für die Arbeit der Partei von entscheidender Bedeutung waren. Die dänische Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung standen in enger Verbindung miteinander, waren eine einheitliche sozialdemokratische Klassenbewegung, neben der sich keine konkurrierende Organisation in der Arbeiterklasse trotz verschiedener Versuche christlich-konservativer Kreise entwickelte. In dieser Periode der dänischen Geschichte, in der sich der Kampf der Arbeiterbewegung auf die gewerkschaftliche und parlamentarische Reformarbeit beschränken mußte, entsprach die politische Theorie Peter Knudsens, die die zwei grundlegenden Elemente der Arbeiterpolitik, Reform und Revolution, verband, zweifellos den Möglichkeiten der sozialdemokratischen Partei.

Peter Knudsen (1848-1910), Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei von 1882-1910. Von Beruf Handschuhmacher war er seit den frühen 1870er Jahren in der Arbeiterbewegung tätig. Er organisierte die Handschuhmacher im Skandinavischen Handschuhmacherverband und trug wesentlich dazu bei, den Marxismus in der dänischen Arbeiterbewegung zu verankern.

[3] T. Stauning: Tanker og Taler. Et Billede af 25 Aar i det offentlige Liv, København 1931, S. 114.

Lehrjahre in der Organisation

Von 1898/99 an nahm er Stauning in die Schule und dieser bekannte sich auch noch viele Jahre später zu diesem Erbe.[4] Von Natur aus ähnelten sie einander. Zwar war Stauning ein großgewachsener Mensch, Knudsen eher klein, aber beide waren introvertierte, schweigsame Menschen.[5] Bei Stauning war das ein väterliches Erbe, seine Mutter scheint musischer gewesen zu sein. Ihr Sohn schrieb später ein kleines Schauspiel und plante ein weiteres. Gewiß, das Schauspiel wäre längst zu Recht vergessen, wenn der Verfasser nicht aus anderem Grund bekannt geworden wäre. Aber diese dramatische Ader zeigt doch, daß Stauning nicht nur Arbeitsmensch und Politiker war. Knudsen allerdings gab ihm kaum Gelegenheit, an anderes zu denken: die Buchführung der um die Jahrhundertwende nicht mehr kleinen Partei (1898: 21 910 Mitglieder, 1906 29 651) und die weitere Verwaltung der Parteiorganisation beruhte auf 2 Menschen, die auch andere Aufgaben in der und für die Bewegung wahrnahmen. Knudsen war über mehrere Jahre Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Kopenhagener Kommunalrates, zeitweise Redakteur der Zeitung Social-Demokraten und nahm noch viele andere Aufgaben wahr. Nicht weniger hatte der halb so alte 25jährige Stauning zu tun. Dabei hatte die dänische Arbeiterbewegung eine Organisation aufgebaut, die mit an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung lag; Social-Demokraten war die auflagenstärkste Zeitung Dänemarks, der Organisationsgrad der Gewerkschaften lag bei 43% der städtischen Arbeiter einschließlich der Frauen und Ungelernten. Der Organisationsgrad der Facharbeiter war wesentlich höher. In dieser Arbeit lernte Stauning auch die lokalen Vertrauensleute kennen und einzuschätzen und sie ihn, und diese Kenntnis war in der weiteren Entwicklung der Partei von Bedeutung.

Als die Zeiten sich mit bzw. nach dem 1. Weltkrieg verändert hatten, wurde die reformerische Linie der Theorie Knudsens weiterentwickelt, während die revolutionäre Komponente in den Hintergrund trat. Weitergeführt wurde die starke Gewichtung der Organisationsarbeit, die u.a. keine Abweichung von der erreichten Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung duldete und damit in gewisser Weise die Diskussion innerhalb der Bewegung unterband. In manchen Beziehungen ist das Organisationsverständnis der sozialdemokratischen Parteien nicht so sehr entfernt von dem der „Partei neuen Typs", das schließlich auf derselben Grundlage beruhte. Hierzu gehört auch, daß weder Knudsen noch Stauning Sonderorganisationen unterstützten oder gar wünschten. Zu diesen Sonderorganisationen, die von ihnen mit Mißtrauen beobachtet wurden, gehörten die Abstinenzler, die Jugendorganisation und die Versuche, eine selbständige sozialdemokratische Frauenbewegung zu organisieren. Vielmehr waren beide der Ansicht, daß es darum gehen müsse, sich auf die politische und gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu konzentrieren. Jedoch änderte sich Staunings Einschätzung im Laufe der Jahre. Die sozialdemokratische Bewegung war in die Breite gewachsen und hatte teils die notwendige Kraft, teils einen Bedarf zum Ausbau auch anderer Seiten der Arbeit. Von Bedeutung hierbei war vermutlich auch,

[4] T. Stauning: a.a.O. S. 183-89, S. 190.

[5] „Denn der bescheidene Stauning ... mit dem ich zusammen war, als wir uns von den anderen trennten, um auf dem Heimweg noch einen Kaffee und Likör zu trinken, ist genau so schweigsam wie ich ... was mußten die Ober und die Umgebung über die merkwürdigen Ausländer denken, die ernst und schweigsam zusammen sitzen". So Hjalmar Branting in einem Brief an seine Frau aus Brüssel 1908, in dem er sein erstes Treffen mit Stauning beschrieb. Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek Stockholm, Anna Brantings arkiv. Brief H.B. vom 12. Okt. 1908.

daß Sozialdemokraten in immer größerem Umfang in die Gemeinderäte gewählt wurden und dort zu Haushaltsfragen usw. Stellung beziehen mußten. Es ergab sich die Notwendigkeit, die gewählten Vertreter auf solche und andere Aufgaben vorzubereiten. Um 1910 entstanden daher mehrere Institutionen — teilweise unter aktiver Mitwirkung Staunings —, die diese neuen Aufgaben unterstützen konnten: Das Archiv der Arbeiterbewegung (1909), die Sozialdemokratische Arbeiterhochschule in Kopenhagen (1910), die Heimvolkshochschule in Esbjerg (1910), der Verlag *Fremad* (1912) usw. Der sozialdemokratische Jugendverband wurde 1906 neuorganisiert und durch Abkommen mit der Partei verbunden.

Die Gewichtung der Organisationsarbeit entsprach den Fähigkeiten Staunings, wie sich bald zeigen sollte. 1901 wurde er zum Reichstagskandidaten der Partei in einem südlich von Kopenhagen gelegenen ländlichem Wahlkreis gewählt. Der großstädtische Zigarrenarbeiter war hier offensichtlich überfordert, seine Erfahrungen waren andere als die der Fabrik- und Landarbeiter des Kreises, wie er auch wenig über die Probleme der Landwirtschaft wußte. Gleichwohl gelang es ihm innerhalb von 5 Jahren, den Kreis durch unermüdliche Organisations- und Agitationsarbeit für die Sozialdemokratie zu erobern, wie er sich auch Einsicht in landwirtschaftliche Fragestellungen erarbeitete, die ihm in seiner späteren Laufbahn zugute kam. Stauning wurde 1901 nicht gewählt, aber diese Wahl bedeutete einen Umbruch in der Geschichte Dänemarks: Die Oppositionsparteien errangen einen großen Wahlsieg, und auf dieser Grundlage wurde der Parlamentarismus von den bisherigen Machthabern vorläufig anerkannt — der Verfassungskampf war abgeschlossen.[6]

Während dieser Arbeit traf er einen seiner wenigen persönlichen Freunde, den Lehrer Einar Hansen, der ihm auch bei seinem Schauspiel half. Auch andere Mitglieder der Kreisorganisation spielten später ihre Rolle, so etwa Peter Dahl, der Kirchenminister in mehreren Ministerien Staunings wurde. Mit Hansen verband ihn eine Freundschaft, die sich auch auf die Angehörigen beider Familien ausdehnte.

Anna Stauning spielte offenbar eine große Rolle für Stauning, nicht nur weil sie aus dem Landproletariat stammte und so Stauning Einsichten vermitteln konnte, die für ihn in seiner Arbeit im Wahlkreis von Bedeutung waren, sondern vielmehr in der Art, wie sie ihn unterstützte und akzeptierte. Sie, die selber keine Kinder bekam, willigte z.B. ein, einen Sohn Staunings aus einer außerehelichen Verbindung zu adoptieren. Ob Stauning zu dieser Zeit weitere Kinder hatte, ist unbekannt, möglich ist es aber; sein Biograph deutet es zumindest an. Unter allen Umständen hielt Anna Stauning zu ihm und war seinem Sohn offensichtlich eine gute Mutter.

Sein Einzug in den Reichstag 1906, bei einer für damalige Verhältnisse hohen Wahlbeteiligung, die sich bei allen kommenden Wahlen im Kreis bei 80% hielt, bedeutete u.a., daß er der Sekretär der Parlamentsgruppe wurde, eine Arbeit, die er neben seinen anderen parlamentarischen Arbeiten aus-

[6] Zur Geschichte Dänemarks zwischen 1900 und 1925 vgl. Niels Finn Christiansen: Klassesamfundet organiseres 1900-1925 — Gyldendal og Politikens Danmarkshistorie Band 12 — København 1990.

führte und die ihm natürlich einen bedeutenden Einfluß gab.

Der Abschluß des Verfassungskampfes hatte, wie von der Sozialdemokratie vorausgesagt, dazu geführt, daß das Bündnis zwischen der Bauernpartei und der Sozialdemokratie aufgehoben wurde. Die Bauernpartei entwickelte sich schnell zu einer konservativen Partei und 1905 spaltete sie sich: die Kätner und die städtische Intelligenz gründeten eine neue sozialiberale Partei, die Radikale Venstre, die in einigen sozialen und demokratischen Vorstellungen der Sozialdemokratie nahestand.[7]

Die neue Partei und die Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen für die Gemeindewahlen führte auf dem Parteikongreß 1908 zu einer erneuten Taktikdebatte. Vergleichsweise schnell gelöst wurde die Frauenfrage. Seit der Reorganisation der Partei 1878 auf der Grundlage von individueller Mitgliedschaft konnten Männer wie Frauen Mitglieder werden, tatsächlich waren es hauptsächlich Männer. In vielen Lokalorganisationen wurden Frauen nicht aufgenommen. Dies änderte sich nun, und in der Folgezeit traten auch Frauen in größerer Zahl der Partei bei — jedoch wurde eine selbständige Frauenorganisation weiterhin abgelehnt, wie Stauning u.a. in Artikeln für *Die Gleichheit*, der Frauenzeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, ausführte.[8]

Problematischer wurde die Stellung zur Weiterführung der Allianz mit der sozialliberalen Partei, die mit einer Mehrheit von nur einer Stimme angenommen wurde. Auf demselben Kongreß wurde einstimmig bestätigt, daß die sozialdemokratische Partei sich nicht an einer Regierung beteiligen könne, bevor sie nicht die absolute Mehrheit hätte; auf Dauer sei entscheidend, daß die Allianz-Politik weitergeführt wurde. Mit dieser Entscheidung für die Mitarbeit am parlamentarischen Geschehen, wurden Möglichkeiten für die Arbeiter geschaffen, wichtige soziale Reformen durchzusetzen und Voraussetzungen für die Demokratisierung der Verfassung durchzusetzen. Gleichzeitig führte dies jedoch auch zu einer Einbindung der Partei in den bürgerlichen Staat; das klassische Dilemma der Sozialdemokratie stellte sich jetzt, war aber in seiner Konsequenz wohl noch kaum erkannt.

Stauning war einer derjenigen, die vor allem die positiven Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften aus dem Bürgertum sahen. Trotz der knappen Entscheidung auf dem Kongreß wird die übergroße Mehrheit der Parteimitgliedschaft diese Entscheidung gebilligt haben. Eine weitere Diskussion auf dem Kongreß betraf das Parteiprogramm, wo Stauning sich mit starken Worten für Änderungen im Sinne von P.Knudsens Vorstellungen aussprach. Es ging dabei um die Frage des stehenden Heeres und der Wehrpflicht, wo die Mehrheit sich dafür entschied, zu fordern, daß die Wehrpflicht durch *„obligatorische physische Erziehung der Jugend durch Gymnastik, Waffengebrauch und Leibesübungen“* zu ersetzen sei.[9] Streitpunkt war das Wort *„Waffengebrauch“*. Die Mehrheit — und Stauning mit ihr — entschied sich für die Aufnahme dieses Wortes in das Programm, weil wie Knudsen ausgeführt hatte, die Arbeiterklasse sich gegen

[7] Diese Spaltung und ihre Konsequenzen waren in der Sozialdemokratie umstritten: ein Flügel förderte die Spaltung, um weiterhin einen Partner für die demokratische Reformpolitik zu haben, ein anderer zog den zukünftigen Alleingang der Arbeiterpartei vor, vgl. Henning Grelle: Redaktor Harald Jensen og de Radikale, in: Arbejderhistorie 18, 1982, S. 76-81.

[8] T. Stauning: Die Organisation der proletarischen Frauen in Dänemark, in: Gleichheit 20. Jg. 1909/10 S. 367-68. Vgl. Drude Dahlerup: Zur Frage der selbständigen Organisierung der sozialistischen Frauen, in: ITH XIV. Linzer Konferenz 1978, Wien 1980 S. 439-79.

[9] Protokol for den 12. socialdemokratiske Partikongres i Odense 1908, Aarhus 1908, S. 55-57, 96. Vgl. Gerd Callesen: „...eine für unsere Sache fruchtbringende Debatte“, in: Jahrbuch für Geschichte, 36, 1988, S. 355-404.

reaktionäre Angriffe seitens des Bürgertums oder gegen neue Klassenherrschaften nach der Revolution müsse wehren können.

Der Parteiführer

Knudsen war auf diesem Kongreß krankheitshalber abwesend; er trat im folgenden Jahr vom Parteivorsitz zurück und starb 1910. Stauning wurde mit starker Unterstützung Knudsens mit 2/3 Mehrheit zu seinem Nachfolger gewählt. Damit war die 3. Generation Sozialdemokraten in die führenden Positionen von Partei, Arbeiterpresse usw. aufgerückt. Kurz danach wurde er auch Vorsitzender der Parlamentsgruppe und entwickelte sich schnell zu einem entscheidungsstarken Parteiführer, der die einmal festgelegte Linie durchsetzte. Zu seiner wachsenden Autorität dürfte auch die gelungene Organisation des Internationalen Sozialistischen Kongresses 1910 in Kopenhagen beigetragen haben.

Seine Wahl zum Parteivorsitzenden führte nicht zu besseren persönlichen Beziehungen, etwa zu den Kollegen der Fraktion; es fiel ihm auch zukünftig schwer, persönliche Freundschaften zu schließen oder überhaupt anderen Menschen gegenüber aufgeschlossen zu sein — einige Frauenbekanntschaften ausgenommen, wenn man den Gerüchten trauen kann. Aber er hielt an Freundschaften aus der Jugendzeit und seiner Zeit im Betrieb fest. Dem entspricht auch, daß seine Wohnverhältnisse sich nicht wesentlich änderten: eine kleine 3-Zimmer-Wohnung in einem der Kopenhagener Arbeiterviertel. Auch in seinen sonstigen Lebensgewohnheiten war er immer noch der Kopenhagener Facharbeiter, der z.B. traditionell Weihnachten mit Weih-

8. Kongreß der II. Internationale in Kopenhagen. Stauning mit breitrandigem Hut an der Spitze der dänischen Delegation im Demonstrationszug.

nachtsbaum und Geschenken für die Familie feierte, mit ihm selber in der Rolle als Weihnachtsmann.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt auf dem 14. Kongreß der Partei 1913 war die Annahme eines völlig neu bearbeiteten Programms. Dieses Programm war über längere Zeit diskutiert worden. Stauning war Mitglied der Programmkommission und hatte seinen Anteil an der Ausarbeitung dieser Schrift, die als das marxistische Programm der Partei bezeichnet wird. Gewiß war Stauning kein Theoretiker, und es stimmt, was über ihn geschrieben wurde, *„daß keine großen neuen Ideen und keine großen Gesetzesvorschläge mit seinem Namen verbunden sind"*[10]. Aber er stand in der theoretischen Tradition der Partei, er verstand sich als Anhänger von Marx, wenngleich er kaum den revolutionären Inhalt des Marxismus erkannte — für ihn war ausschließlich die evolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse revolutionäre Politik. *„Eine Revolution ist durch eine ruhige Entwicklung vollendet worden"*, ist eine für ihn charakteristische Aussage.[11]

Das Ergebnis der Wahlen von 1913 bedeutete, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste des Landes geworden war,

[10] Vagn Dybdahl: 99 biografier — Studier og kilder Bd. 5 — København 1988, Stauning S. 274-301, hier S. 279. Die Beiträge des Bandes wurden ursprünglich für Dansk biografisk Leksikon geschrieben.

[11] T. Stauning: Tanker og Taler, a.a.O. S. 146.

Nach einer Audienz beim König 1913 über Regierungsverhandlungen.

aber mit 32 von 114 Abgeordneten noch weit vom Ziel der parlamentarischen Mehrheit entfernt war. Es ging ihr auch nicht darum; auf der Tagesordnung stand die Durchsetzung einer neuen Verfassung, die die politischen Möglichkeiten der Arbeiterklasse verbessern konnte. Stauning war nicht unmittelbar an einer Regierungsbeteiligung interessiert, es ging ihm vielmehr, wie es in einem interessanten Briefwechsel mit dem deutschen Gewerkschaftsjournalisten Wilhelm Jansson heißt, um die Möglichkeiten *„für die Zukunft"*[12]. In diesem Sinne veranlaßte er Jansson, Berichte für den *Vorwärts* zu schreiben, die den Regierungseintritt der Partei — trotz des Beschlusses von 1908 — als Möglichkeit erscheinen ließ. Staunings Überlegungen gingen dabei von einer bestimmten parlamentarischen Situation aus, einer Situation, die er richtig einzuschätzen wußte und ausnutzen konnte. Gleichzeitig war das aber auch eine Umgehung der Kongreßbeschlüsse und damit der demokratischen Entscheidungen der Parteimitgliedschaft. Wie Stauning den Parlamentarismus verstand und einschätzte, waren dies aber für ihn Zwänge, denen er sich fügen mußte im Sinne dessen, was er als Parteivorsitzender tun konnte und mußte. Insofern wurde diese taktische Situation eine Entscheidung, die spätere Umgehungen von Kongreßbeschlüssen zugunsten von Taktik legitimierte. Unmittelbar wurde jedoch erreicht, daß die neue Verfassung 1915 angenommen wurde — nicht wie von der Sozialdemokratie gewünscht, aber doch mit wesentlichen Verbesserungen gegenüber der bisher gültigen. Stauning hatte hier zum erstenmal sein bedeutendes taktisches Gespür gezeigt.

Ein weiteres Ergebnis der Regierungskrise war die Ernennung einer sozial-liberalen Minderheiten-Regierung, die auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen war und sie zugesichert bekam. Nach Ausbruch des Weltkrieges blieb die Regierung im Amt; ihre Aufgabe war in den Augen Staunings die Durchführung der Verfassungsvorlage, die Durchsetzung eines neuen Wahlgesetzes und der Kampf für Preiskontrolle gegen die Folgen der Teuerung während des Krieges. Auf Grund der außergewöhnlichen Situation fanden die nächsten Wahlen nach dem neuen Grundgesetz erst 1918 statt; die um die Sozialdemokratie erweiterte Regierung hielt dort ihre Mehrheit und amtierte bis Ostern 1920.

1916 hatte die Regierung sich für kürzere Zeit in ein All-Parteien-Kabinett verwandelt, als um den Verkauf der dänischen Kolonie in Amerika (St. Thomas und St. Creux) mit den USA verhandelt wurde. In dieser Ausnahmesituation billigte ein außerordentlicher Kongreß mit großer Mehrheit, daß die Partei einen Kontrollminister in die Regierung entsandte. Wie Stauning in seiner Kongreßrede bemerkte, handelte es sich dabei um einen Parteivertreter in der Regierung und nicht um einen sozialistischen Einzelgänger. Damit wies er den „Ministersozialismus", wie er einmal in Frankreich und in der internationalen sozialistischen Diskussion eine Rolle gespielt hatte, ab.

Es gab in der Partei — aber sehr wohl außerhalb — keinen Zweifel, daß der Minister der Partei Stauning wurde. Er war in der Öffentlichkeit nicht so bekannt wie etwa der Redakteur

[12] Bent L. Johansen: Socialdemokratiets taktik under regeringskrisen 1913, in: Arbog for arbejderbevaegelsens historie 2, 1972, S. 124-132, hier S. 131.

von *Social-Demokraten*, Frederik J. Borgbjerg, und was man von ihm wußte, waren Skandalgeschichten. Er hatte sich so vor einigen Jahren in nicht mehr nüchternem Zustand mit einem Journalisten angelegt, der dies auch prompt veröffentlichte. Aber wie P. Knudsen ihm sagte, *„sehen unsere Leute einen Schwips wohl kaum als Verbrechen an"*. Schlimmer war, daß er 1914 in anscheinend angetrunkenem Zustand darauf bestanden hatte, die Verhandlungen des Folketings zu leiten. Das hatte auch zu großem Ärger in seinem Wahlkreis geführt. Aber innerparteilich war er trotzdem die Nr. 1 und wurde Minister.

Die Vertreter der rechtsbürgerlichen Parteien traten im Januar 1918 zurück, Stauning blieb aber in der Regierung auch nach der Wahl im April 1918. Damit waren die Voraussetzungen des Kongreßbeschlusses von 1916 umgangen, aber die innerparteiliche Opposition war zu schwach, um das zu verhindern. Die Parteilinken waren Anfang 1918 aus der Partei ausgetreten, hatten aber bei den Wahlen nicht einmal in Kopenhagen, wo sie am stärksten waren, einen Achtungserfolg gehabt. Staunings Stellung in der politischen Arbeiterbewegung war praktisch unumstritten — die Opposition fand eigentlich nur in der Gewerkschaftsbewegung statt. Dort hatten die Syndikalisten im Laufe des Weltkrieges einen nicht unbedeutenden Einfluß erreicht, der noch bis 1920 anstieg. Dabei arbeiteten die Syndikalisten und Stauning faktisch Hand in Hand, um die Forderung nach dem Normalarbeitstag von 8 Stunden durchzusetzen — Stauning als Sozialminister, die Syndikalisten mit direkten Aktionen. Beide hatten Erfolg, der 8-Stunden-Tag wurde in einer Kombination von parlamentarischer und direkter Aktion in der europäischen Umbruchszeit nach dem Weltkrieg eingeführt.

Internationale und nationale Politik

Der Weltkrieg wurde der Ausgangspunkt für Staunings großangelegten Versuch einer Friedensmission der internationalen Arbeiterbewegung. Für ihn war es selbstverständlich, daß die Internationale hier eine Aufgabe hatte. In der dänischen Partei hatte man immer starkes Gewicht auf die Internationale gelegt und sich vieles von ihr erhofft. Nicht daß man selber eine führende Rolle spielen würde, das war die Aufgabe der Parteien in den Großmächten, aber daß man sich auf die Internationale in der Entwicklung der nationalen Politik stützen konnte und bereit war, auch selber in dieser den Internationalismus zu fördern, war ein grundlegender Bestandteil des Selbstverständnisses der Partei und auch Staunings. In *Social-Demokraten* war der Berichterstattung aus der internationalen Arbeiterbewegung großes Gewicht beigelegt worden, wie auch die dänische Bewegung nach der Jahrhundertwende verschiedentlich Aktionen einleitete, um die internationale Aktionseinheit zu fördern. Staunings Versuch war also nur eine Weiterführung dessen, was er von P. Knudsen gelernt hatte. Aber er führte diese Aufgabe in seinem eigenen Stil durch.

Gut zwei Monate nach Kriegsausbruch begannen die Vorbereitungen Staunings, eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder einzuberufen. Das Ergebnis war

rechte Seite:
Brief des Redakteurs der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Eduard Adler, an Stauning vom 20. August 1914. Der Brief zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Stimmung in Teilen des sozialdemokratischen Funktionärkörpers.

nicht umwerfend: im Januar 1915 wurde in Kopenhagen eine Konferenz durchgeführt, aber nur die drei skandinavischen und die holländische Partei nahmen teil. Immerhin war damit eine Aktion eingeleitet, die weitere Konferenzen 1915/16 zur Folge hatte. Stauning setzte seine Bemühungen fort und verhandelte mit Vertretern der Parteien nicht nur der neutralen Länder. Es gelang, eine weitere Konferenz 1917 nach Stockholm einzuberufen, aber nur die Vorkonferenzen wurden durchgeführt. Nicht nur hatten sich alle Parteien in ihren jeweiligen Ländern der Burgfriedenspolitik angeschlossen, sie hatten sich ihren Regierungen zur Verfügung gestellt und verteidigten die Politik ihrer jeweils herrschenden Klasse. Auf dieser Grundlage ließ sich keine sozialdemokratische Friedenspolitik durchführen; die alte Internationale war aktionsunfähig. Stauning erkannte das nur widerstrebend an, er hatte wirklich an die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung geglaubt und auch persönlich dafür Opfer gebracht.

Als er noch Minister war, nahm er an den Vorbereitungen der Stockholmer Konferenz teil, wurde aber gezwungen, sich daraus zurückzuziehen. Verbunden war dies mit Vorwürfen gegen ihn und die Partei, als Handlanger des Deutschen Reiches aufzutreten. Gewiß war daran wahr, daß Stauning und die Partei lange und gute Kontakte zur deutschen Partei gehabt hatten und sich dort auch verstanden fühlten. Friedrich Ebert, den Stauning spätestens seit 1910 kannte, unterschied sich politisch kaum von ihm; es bestand ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen ihnen, das auf einer gleichen Grundhaltung beruhte. Ein solches Verständnis bestand z. B. nicht mit Ramsay MacDonald. Auf dieser Grundlage akzeptierte Stauning auch die Politik Eberts und der Mehrheit der SPD im Weltkrieg. Der Unterschied zwischen beiden bestand im wesentlichen darin, daß Dänemark neutral war, Deutschland aber kriegführend, und daß die SPD sich durch die Unterstützung der Kriegspolitik viel stärker kompromittierte als die dänische Partei und Stauning, die sich um einen Friedensschluß bemühen konnten. Aber der Vorwurf der „Deutschfreundlichkeit" war falsch: Was hatten dänische Arbeiter und Stauning dem Kaiser, Krupp, Stumm-Halberg oder den preußischen Junkern zu danken? Aber es kam noch etwas hinzu: Seit 1916 bestand eine neue Kohlenimportgesellschaft, die der Arbeiterbewegung gehörte. Über Alexander Helphand-Parvus war es dänischen Sozialdemokraten gelungen, aus Deutschland Kohle zu beziehen, die auch tatsächlich billiger an die Arbeiterbevölkerung verkauft wurde. Die damit geschaffene Verbindung wurde von Parvus ausgenutzt, um die dänischen Sozialdemokraten vor seinen Wagen zu spannen. Dieser Wagen schien im Dienst der Politik des deutschen Reiches zu fahren. Das führte in der bürgerlichen Presse zu harten Angriffen auf die Partei und auf Stauning persönlich; es konnte schließlich nichts Kompromittierendes nachgewiesen werden, aber politisch war der Zweck erreicht worden. Auch international störten diese Angriffe Staunings Friedensmission, ohne ihr allerdings ernsthaften Schaden zufügen zu können. Sie scheiterte ohnedies.

Redaktion der
Schleswig-Holsteinischen
Volks-Zeitung
Kiel, Bergstr. 11
Fernsprecher 5961

Kiel, den 20. August 1914 191

Herrn Folketingsmand Stauning,

Kopenhagen.

Werter Genosse !

In Rücksicht auf den Kriegszustand muß ich deutsch schreiben. Ich teile Euch mit, daß zwischen der Partei und der Regierung zurzeit keine Konflikte bestehen. Im Gegenteil findet die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften im Augenblick ein ungewöhnliches Entgegenkommen. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen auf den Bahnhöfen verkauft werden und sozialdemokratische Lokale sind offen für Militärbesuch. Außerdem tritt die Partei als solche für die Verteidigung Deutschlands gegen alle Feinde der Selbständigkeit der deutschen Volksorganisation ein. Außerdem ist zu bemerken, daß Millionen deutscher Sozialdemokraten unter den Fahnen stehen. Gegenüber den englischen Lügen sei festgestellt, daß Deutschland bereits die Franzosen in vier großen Gefechten geschlagen hat und zwar bei Mühlhausen, Lagarde, Weiler und Perwez. Die deutsche Armee steht in Belgien 40 Kilometer vor Brüssel. Lüttich ist deutsch. An der russischen Grenze rücken die Österreicher von Süden her vor. An der preußischen Grenze haben deutsche Truppen in vier Gefechten russische Reiterscharen zurückgeworfen. Die Städte Kalisch, Tschenstochau und Ilawa sind in deutschen Händen. Alles das sind nur vorgefechte. Trotzdem sind bereits über 5000 Franzosen und über 3000 Russen in deutscher Gefangenschaft. In der Nordsee liegen keine deutsche Minen. Wohl aber sind die Küsten Englands vielfach mit Tausenden von ~~Minen~~ deutschen Minen belegt. Deutsche Schiffe haben ein englisches Unterseeboot zerschossen und zwei Torpedobootszerstörer demoliert. Außerdem flog in der Themsemündung der englische Kreuzer " Amphion" auf einer Seemine in die Luft. Wir haben in der Nordsee ein Unterseeboot verloren. Die Kriegsdrohung Japans erschreckt nicht. Glaubt keinen englischen Lügen und seid gegrüßt von uns.

Ed. Adler.

J.A. K. Völcker

Für Stauning war die Erfahrung der Kriegsjahre eine wesentliche Lehre. Er trat zwar weiterhin für die Internationale ein und unterstützte die Neugründung der Sozialdemokratischen Internationale 1923, aber er wollte ihr keine Befugnisse über die einzelnen Parteien einräumen. Seine Konsequenz war also der der Kommunistischen Internationale diametral entgegengesetzt. Aber nicht nur dem Arbeiterinternationalismus stand er nun skeptisch gegenüber. Seine Einschätzung der Möglichkeiten des Völkerbundes beruhte auf der gleichen Grundlage. Gewiß versuchte er weiterhin — vor allem in den 1920ern — die bescheidenen Möglichkeiten auszunutzen, z.B. hatten die Abrüstungsvorschläge sowohl der Partei wie der Regierung seine volle Unterstützung; er schätzte aber die Chancen ihrer Verwirklichung nicht hoch ein, und in der veränderten Lage nach 1933 gab er diese Politik endgültig auf.

Der Abschluß des Krieges bedeutete für Dänemark u.a. auch die Möglichkeit der Lösung der nationalen Frage. Diese lag sozusagen außerhalb Dänemarks, nämlich in der überwiegend dänischen Bevölkerung Nordschleswigs, das seit 1864 zu Deutschland gehörte. Dieses Problem zwischen Deutschland und Dänemark hatten die sozialdemokratischen Parteien mehrmals gemeinsam aufgegriffen und sich gegenseitig bestätigt, daß das Selbstbestimmungsrecht die Grundlage für eine Lösung der Frage sein müsse. Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie hatte außerdem auf ihrem Provinzialparteitag 1902 in Flensburg eine dementsprechende Resolution angenommen. Stauning hatte sich kurzfristig 1912 während des Reichstagswahlkampfes in Flensburg aufgehalten, um sich zu informieren. Im Januar 1914 war er wiederum in Flensburg, um auf einer Versammlung zu sprechen. Statt dessen wurde er jedoch aus dem Deutschen Reich ausgewiesen. Stauning kannte also die Verhältnisse im nördlichen Schleswig und benutzte die Gelegenheit seiner Gespräche mit dem deutschen Parteivorstand 1915, um sich bestätigen zu lassen, daß die SPD weiterhin in bezug auf Nordschleswig am Selbstbestimmungsrecht festhielt. In einem Brief an Ebert vom Oktober 1918 schlug er vor, daß die deutsche Regierung von sich aus erklären solle, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Nordschleswig Geltung habe. Stauning wünschte, daß die Nordschleswigfrage unabhängig von dem Friedensschluß gelöst werden solle. Das sei sowohl für Deutschland wie für Dänemark besser und auch im Sinne der Sozialdemokratie. Die dänische Partei wünschte nicht, ein altes Unrecht durch ein neues zu ersetzen, indem große deutsche Bevölkerungsgruppen zu Dänemark kämen.[13]

Diese Möglichkeit zerschlug sich bald, vor allem weil die deutsche Regierung nicht die von Stauning gewünschte Erklärung abgab und sich damit die Initiative in dieser Frage aus der Hand nehmen ließ. Es ist natürlich fraglich, ob diese Lösung zu verwirklichen gewesen wäre, tatsächlich wurde die Frage ein Teil des Versailler Friedensschlusses. Anfang 1920 wurden zwei Volksabstimmungen durchgeführt, nach denen die Grenze festgelegt wurde.

[13] Agnes Blänsdorf: Friedrich Ebert und Internationale, in: Archiv für Sozialgeschichte IX, 1969, S. 321-428, hier S. 413 ff.

Nationalistische Kreise in Dänemark — aber auch in Deutschland, wie Stauning bei Abschluß des sozialdemokratischen Grenzabkommens 1923 hervorhob — waren nicht bereit, diese Grenzziehung anzuerkennen. Dies wurde der Ausgangspunkt für den sogenannten „Osterputsch" 1920. Unter Mithilfe des Königs wurde die Regierung entlassen, d.h. ohne daß festgestellt wurde, ob sie eine Parlamentsmehrheit gegen sich hätte. In dieser Lage konnte Stauning sein ganzes taktisches Geschick zu voller Entfaltung bringen. Ausgangspunkt war, daß *Social-Demokraten* zum Generalstreik aufforderte, und daß Stauning dies in den Verhandlungen als Drohmittel benutzen konnte. Den Generalstreik als Mittel einzusetzen war seit langer Zeit eine Forderung der Syndikalisten gewesen, doch die Gewerkschaftsführer standen diesem Mittel skeptisch gegenüber. Stauning verstand es aber, sie zur Zustimmung zu überreden, ließ jedoch den Beginn des Generalstreiks um sechs Tage verschieben. In dieser Zeit gelang es ihm, den schwachen König so einzuschüchtern, daß die Putschregierung zurücktrat und eine neue Übergangsregierung ernannt wurde, die eine Wahlrechtsreform durchführte. Gleichzeitig wurde der Generalstreik abgeblasen, eine Amnestie für politische Gefangene durchgesetzt und ein Tarifabkommen abgeschlossen, in dem der Arbeitgeberverband den 8-Stunden-Tag anerkannte. Damit war auch die beginnende Unruhe in der Arbeiterklasse abgebogen worden: Bei den drei Wahlen des Jahres erreichte die linke Opposition kaum Stimmen, und die Syndikalisten verloren im Laufe des Jahres ihren Einfluß. Die Sozialdemokratie war wieder konkurrenzlos die alleinige Führerin der Arbeiterklasse.

Aber es war nicht nur eine Frage der geschickten Taktik. Die Ernennung der Putschregierung war ein Bruch mit dem Parlamentarismus, und für die Sozialdemokratie war die Eroberung der Macht durch den Stimmzettel das A und O der Politik. Sie war selber eine Partei der Demokratie, hatte sich scharf gegen die Erklärung der Kommunistischen Internationale vom März 1919 zur „Diktatur des Proletariats" ausgesprochen und wandte sich daher auch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den undemokratischen Putsch.

Die Wahlen des Jahres 1920 stärkten die Sozialdemokratie, aber die Bauernpartei war noch stärker; vor allem aber verlor die sozialliberale Partei. Die Sozialdemokratie war nicht in der Lage, die Regierung zu übernehmen, doch sie nutzte die kommenden Jahre, um sich auf die Übernahme der Regierung vorzubereiten. Dieser Prozeß war schon während des Krieges eingeleitet worden. Stauning betonte mehrmals in der Presse, daß die skandinavische Arbeiterbewegung der übrigen Arbeiterbewegung voraus sei in ihrem pragmatisch-realistischen Verständnis von Politik und auch in der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien. Der SPD warf er vor, eine zu sektiererische Politik geführt zu haben, während die dänische Partei sich darum bemüht habe, der Arbeiterklasse den größtmöglichen Einfluß zu verschaffen. Dieser ganze Prozeß verlief nicht geradlinig und wurde im wesentlichen wohl erst nach der ersten Regierungsperiode vollendet. Auch das bedeutete nicht, daß die Par-

tei und mit ihr Stauning sich nicht als Vertreter der Arbeiterklasse verstand. Aber sie unterwarf sich in ihrem Selbstverständnis immer mehr den Interessen des Staates und der Nation.

1921 starb Anna Stauning nach einem Verkehrsunfall — für Stauning ein schwerer Schlag — auch wenn er sich nach außen hin wenig anmerken ließ. Anna Stauning stammte wie er aus der Arbeiterklasse und verstand ihn und die Klasse, die er vertrat, und stützte ihn in seiner Arbeit. In seiner zweiten Ehe mit Olga Hansen traf er es nicht so gut. Sie stammte aus dem Bürgertum und war wesentlich selbstbewußter als Anna, sah die Probleme der Frauen anders und war nicht bereit, sich mit der Unterordnung unter ihren Mann abzufinden. Das war ein Problem, dem sich Stauning trotz seiner Aufgeschlossenheit der Frauenfrage gegenüber nicht gestellt hatte, und er begriff es nicht. Der Widerspruch zwischen den Eheleuten, der von unterschiedlichen sozialen und Geschlechtsauffassungen bedingt war, konnte nicht gelöst werden — wobei es auch eine Rolle gespielt haben mag, daß Olga Stauning ihre gesellschaftlichen Ambitionen wohl durch Stauning erreichen konnte, aber nicht gleichzeitig bereit war, ihn in seiner Arbeit, wie er es gewohnt war, zu unterstützen. Die Ehe wurde 1930 geschieden, das Elternrecht über den zweiten Sohn fiel Olga zu. Dieser schloß sich in seinem späteren Leben nicht der Arbeiterbewegung an.

Die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie war eine Weiterführung der Politik aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Aber dem gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampf waren in der Nachkriegskonjunktur andere Grenzen gesetzt. Der Krieg hatte mit einem gewaltigen Vorstoß der Arbeiterbewegung geendet, die Sowjetunion war bis zu einem gewissen Grad aus der Weltwirtschaft ausgeschieden (was für einige dänische Kapitalgesellschaften schwerwiegende Folgen hatte und dazu beitrug, daß die Landwirtschaftsbank nur durch eine umfassende staatliche Intervention vor dem Konkurs gerettet werden konnte). Aber spätestens 1923 war diese revolutionäre Nachkriegsperiode beendet, und die bürgerlichen Kräfte befanden sich wieder auf dem Vormarsch, und zwar in einer Form, wie sie sich in dem „Marsch auf Rom"abzeichnete, der die Machteroberung der Faschisten und Mussolinis einleitete. Die Arbeiterbewegung befand sich in einem Abwehrkampf, zuerst nur um die Erfolge — z.B. die Arbeiterschutzgesetzgebung und den 8-Stunden Tag — zu bewahren, später um ihre Existenz.

Stauning war sich darüber klar, daß das von ihm mitverfaßte Grundsatzprogramm von 1913 nicht mehr die aktuellen Aufgaben für die dänische Arbeiterbewegung beschrieb. Eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft lehnte er ab, die Entscheidung für den Parlamentarismus hatte seine volle Billigung. In einem vom Parteikongreß 1923 bestätigten neuen Arbeitsprogramm der Partei versuchte er diese Aufgaben zu fassen. Zwei Punkte sind bemerkenswert:

1) enthielt es eine Art konjunkturregulierende Wirtschaftspolitik, die ein Eingreifen des Staates gegenüber den Auswüchsen

der kapitalistischen Wirtschaft voraussetzte, aber keine grundsätzliche Umgestaltung des ökonomischen Systems und

2) setzte es voraus, daß sich die Sozialdemokratie aus einer Partei der Industriearbeiter in eine Partei verwandelte, die auch andere Teile der *arbeitenden* Bevölkerung wie Angestellte und Kleinbauern anzog. Zumindest war es notwendig, einen bürgerlichen Allianzpartner zu finden, der eine solche Politik mittragen wollte. Es war Stauning klar, daß die Arbeiterklasse — auch auf Grund der Politik der Partei u.a. in den Gemeinden — sich teils umstrukturierte, teils nicht mehr so schnell wuchs wie bisher. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich die sozialdemokratische Politikauffassung in den kommenden Jahren.

Ein weiterer wesentlicher Beschluß des Kongresses, der in engem Zusammenhang mit diesen Entwicklungen stand, war die Gründung des Arbeiterbildungsverbandes. Stauning war nicht Mitglied des vorbereitenden Ausschusses, aber er kam wie schon früher auch in den folgenden Jahren öfters auf die Bedeutung der Bildungsarbeit zurück: u.a. sollten die Arbeiter sich auf die zu übernehmenden Aufgaben in Staat und Gemeinde vorbereiten.

Nach der neuen Grenzziehung von 1920 zwischen Dänemark und Deutschland waren die Auseinandersetzungen um die Grenze nicht abgeklungen. Die dänische Sozialdemokratie verstand das Ergebnis der Volksabstimmungen als gerecht, weil

Konferenz der nordschleswiger Parteiorganisationen zum Übergang in die dänische Partei 1920 in Apenrade. Dritter von rechts Stauning, ganz rechts I. P. Sünbo, der Redakteur des Vestjyllands Socialdemokrat in Esbjerg. Er galt als linker Sozialdemokrat, der in der Schleswigfrage eine internationale Position vertrat. Der sozialdemokratische Ortsverein von Sonderburg lehnte es aber z.B. ab, an der Zeremonie teilzunehmen, weil dies sozialdemokratischen Grundpositionen widerspräche.

die Trennung nach den derzeitigen nationalen Verhältnissen vollzogen war und nicht nach historischen oder ökonomischen. Die Grenzziehung fand auch die Anerkennung der Reichsleitung der SPD, problematischer war allerdings die Stellung der lokalen Organisation in Flensburg. Aus verschiedenen Gründen meinte der Ortsverband, daß die Abstimmung und darauf folgend die Grenzziehung nicht gerechtfertigt sei. Jedoch wurden schon im Laufe des Jahres 1920 Versuche eingeleitet, diese Widersprüche zu lösen.

Die sozialdemokratischen Ortsvereine in Nordschleswig traten der dänischen Partei bei, wie auch die Gewerkschaften sich nach und nach den entsprechenden Organisationen in Dänemark anschlossen. Diese Integrationspolitik traf auf einige Schwierigkeiten, die aber im Laufe von wenigen Jahren überwunden wurden, ohne daß den deutschen Sozialdemokraten die Möglichkeit eingeräumt wurde, etwa Sonderorganisationen zu bilden oder ein Kopfblatt der *Flensburger Volkszeitung* zu veröffentlichen. Für die dänische Sozialdemokratie waren 50 Jahre Kampf um die Selbstbestimmung zu einem friedlichen Abschluß gekommen, in Zukunft solle Frieden an der Grenze herrschen. Am 25. November 1923 wurde daher in Flensburg eine Konferenz durchgeführt, die eine von Stauning verfaßte Resolution annahm, die die bestehende Grenze als die gesetzlich geltende anerkannte. Damit war für die Sozialdemokratie beiderseits der Grenze diese Auseinandersetzung abgeschlossen.

Im April 1924 übernahm die Sozialdemokratie in Übereinstimmung mit dem Programm vom Parteitag 1923 die Regie-

Pfingstlager des sozialdemokratischen Jugendverbandes 1924 in Aarhus. Hochrufe auf den neuernannten Staatsminister. Rechts hinter Stauning der spätere Parteivorsitzende und Staatsminister Hans Hedtoft (Hansen).

rung nach einer Wahl, die ihr 36,6% der Stimmen gebracht hatte. Im Oberhaus war die Partei weiterhin in einer völlig hoffnungslosen Minderheit. Stauning wurde Staatsminister und führte die Regierung mit sicherer Hand. Diese erarbeitete weitreichende Reformvorschläge, vor allem, um zu zeigen, was sozialdemokratische Politik wäre, wußte aber zugleich, daß sie angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht (voll) durchsetzbar waren. Diese Taktik mißlang gewissermaßen, weil es in der Regierungsperiode zu einem Konflikt zwischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung und der Regierung kam. Die innerhalb der Arbeiterklasse vorhandenen Interessengegensätze kamen zum Ausbruch, und es gelang Stauning nicht, sie auszugleichen. Später forderte er daher, daß sich die einzelnen Gewerkschaften dem Gesamtinteresse der Arbeiterklasse unterordneten, und zog daraus die praktische Konsequenz, die Bedeutung des Gewerkschaftsbundes zu stärken. „*Wenn der Staat sozialisiert wird, wie es der Fall ist, dann müssen auch die Gewerkschaften sozialisiert werden*"[14], was nicht heißen sollte, daß das Recht auf Streik unter allen Umständen aufgegeben werden sollte.

Nach 2 1/2 Jahren stürzte die Regierung, weil es ihr nicht gelungen war, die unter sich uneinigen bürgerlichen Parteien zu spalten. Ursache war auch eine starke Portion Klassenarroganz: die sozialliberale Partei konnte es nicht über sich bringen, sich der Arbeiterpartei unterzuordnen.

Stauning hatte aber noch eine weitere Erfahrung aus dieser Regierungsperiode. Das Dilemma zwischen Vertretung von Arbeiterinteressen einerseits und Verwaltung des kapitalistischen Staates andererseits war ihm bewußt, aber es war auch klar geworden, daß die Arbeiter Ergebnisse von ihrer Regierung erwarteten, d.h. er mußte versuchen, die sozialliberale Partei aus der bürgerlichen Front herauszuziehen, um eine Lösung „über die Mitte" des Parlaments zustande zu bringen.

„Stauning oder Chaos" (Wahlslogan 1935)

Nach der Folketingswahl von 1929, die der Partei knapp 42% der Stimmen brachte, verwirklichte sich diese Lösung. Die Koalitionsfrage wurde in vielen europäischen Arbeiterparteien der Zwischenkriegszeit diskutiert, konnte aber nur in wenigen Ländern verwirklicht werden, weil in den meisten Ländern — vor allem Zentraleuropas — das Kleinbürgertum nicht demokratisch und sozial bewußt war. In Dänemark gab es aber ein solches Element, das im Parlament von der sozialliberalen Partei vertreten wurde. Ein umfassendes Reformprogramm konnte daher ab 1929 eingeleitet werden, das — verstärkt nach der Eroberung der Mehrheit auch im Oberhaus 1936 — die Voraussetzungen für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates nach dem II. Weltkrieg schuf.

Die sozialliberale Partei war bereit, soziale und demokratische Reformen durchzuführen, lehnte aber jede Änderung der grundlegenden ökonomischen Strukturen ab. Nach Staunings Einschätzung war es auch unmöglich, in der Situation der 30er Jahre weitergehende Reformen einzuleiten. Die Weltwirtschaftskrise schlug in Dänemark zwar erst 1931 durch, hatte

[14] T. Stauning: Fagbevaegelse og Politik. Tale paa De samvirkende Fagforbunds Generalvorsamling 1934, København 1934, S. 21.

Die Vertreter der Bauernpartei, Venstre, werden in Staunings Wohnung (in der Kanslergade) eingelassen. In der Tür neben Stauning der Vertreter des Koalitionspartners, der Radikalen Venstre, C. Th. Zahle. Im Hintergrund unter der Laterne der isolierte Vorsitzende der Konservativen Partei, J. Christmas Møller, Original in Blæksprutten.

dann aber große Folgen; die außenpolitische Lage verschlechterte sich im Januar 1933 stark, und die Arbeiterklasse war offensichtlich mit der geführten Politik im wesentlichen zufrieden. Zumindest radikalisierte sie sich nicht stark in den kommenden Jahren. Die Kommunistische Partei hatte wohl 1932 zwei Abgeordnetensitze erhalten und steigerte im Zeichen des Antifaschismus auch ihren Stimmenanteil 1935 und 1939 bis auf ca. 2,5%, aber die Sozialdemokratie erhielt in den gleichen Wahlen 46,6% und 42,9%.

In dieser Lage ging es Stauning vor allem um einen Ausgleich mit der Landwirtschaft. Die Zeiten, als die Bauern und ihre Partei die Vorkämpfer der Demokratie waren, waren vorbei, so wie es die Sozialdemokratie schon frühzeitig eingeschätzt hatte. Aber Stauning war sich bewußt, daß die Landwirtschaft weiterhin der entscheidende ökonomische Faktor war; bis auf die Werftindustrie bestand die dänische Industrie aus Kleinbetrieben, die vor allem für den Binnenmarkt produzierten. Der Export wurde weitgehend von der Landwirtschaft bestritten und war deswegen von entscheidender Bedeutung für Dänemark. Mit der Weltwirtschaftskrise gingen die Exportmöglichkeiten zurück und große Gruppen der Bauern radikalisierten sich. In dieser Lage gelang es Stauning mit großem Verhandlungsgeschick, im Januar 1933 ein Abkommen mit der Bauernpartei abzuschließen, das den Bauern u.a. eine Umschuldung ermöglichte und verschiedene andere Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft einleitete. 1935 waren die schlimmsten Krisenfolgen in der Landwirtschaft überwunden, die Radikalisierung der Bauern wurde damit gebremst.

Andererseits bedeutete das Abkommen für die Arbeitslosen und andere schwache Gruppen eine bedeutende Erleichterung in der Krise, während die Beschäftigten einen Reallohnrückgang hinnehmen mußten. Auch kam es zu einem Eingriff in die Tarifhoheit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, der u.a. auch ein Streikverbot beinhaltete, das von vielen Arbeitern nur unter starkem Widerstand akzeptiert wurde.

Insgesamt trug diese Politik, die ausgeprägt die Handschrift Staunings trägt, zu dem großen Wahlerfolg von 1935 bei. Mit 46,6% der Stimmen stand die Partei relativ kurz vor der Erreichung ihres Ziels, der Mehrheit der Stimmen. Aber es war bezeichnend, daß die Stimmenzahlen in den Arbeitervierteln leicht rückgängig waren, während die Partei in den Wahlkreisen mit wohlhabenderen Bewohnern große Gewinne erzielte. Es war ihr tatsächlich gelungen, aus dem Ghetto der Industriearbeiter auszubrechen und breite Schichten nicht nur der arbeitenden Bevölkerung an sich zu ziehen, wenn auch teilweise nur für eine kurze Zeit. Das Kleinbürgertum und die kleinbürgerlichen Schichten in der Arbeiterklasse waren aber nicht zu einer der faschistischen Parteien gelaufen, sondern hatten sich der in Dänemark stärksten Kraft, eben der Sozialdemokratie, angeschlossen. Ergänzt wurde dies von dem gleichzeitigen starken Ausbau der sozialdemokratischen Angestelltengewerkschaft, die die Angestellten gegen den Faschismus immunisierte. Hierin dürfte wohl die größte Bedeutung der Krisenpolitik Staunings liegen, die von parlamentarischen Verhandlungen und Abkommen ausging und nicht von einer Mobilisierung der Arbeiter gegen andere Gruppen zur Durchsetzung ihrer Wünsche.

In diese Zeit fiel die Scheidung Staunings von seiner zweiten Frau, die von ihm mit großer Bitterkeit ertragen wurde und zu einem weiteren Rückzug von anderen Menschen beitrug. Hinzu kam die Krankheit und der Tod der ihm sehr nahestehenden Sylvia Pio, der Tocher des Parteigründers Louis Pio. Er bewahrte wohl seine früheren Freundschaften mit den ihm bekannten Arbeitern, aber etwa seine Ministerkollegen aus der sozialliberalen Partei kamen ihm persönlich überhaupt nicht nahe. Ende 1931 bezog er eine neue Wohnung zusammen mit der Konzertsängerin Augusta Erichsen; diese „Ehe" dauerte bis zu Staunings Tod und gab ihm zu einem gewissen Grad seine innere Ruhe zurück. Gleichwohl kam es manchmal nach großen Anstrengungen zu Ausbrüchen in führenden Restaurants auch des Auslandes, die einiges Aufsehen erregten, ohne daß sie eine größere Bedeutung bekamen oder sein Ansehen unter seinen Wählern beeinträchtigten.

Die außenpolitischen Probleme und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbanden sich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zu einem nicht mehr lösbaren Knoten. Das Außenministerium war der Posten des führenden sozialliberalen Politikers Peter Munch, und dies erschwerte die notwendige Neuorientierung der Außen- und Militärpolitik nach 1933. Die beiden Parteien waren sich aus unterschiedlichen Gründen darüber einig gewesen, eine Abrüstungspolitik zu fördern — die Sozialdemo-

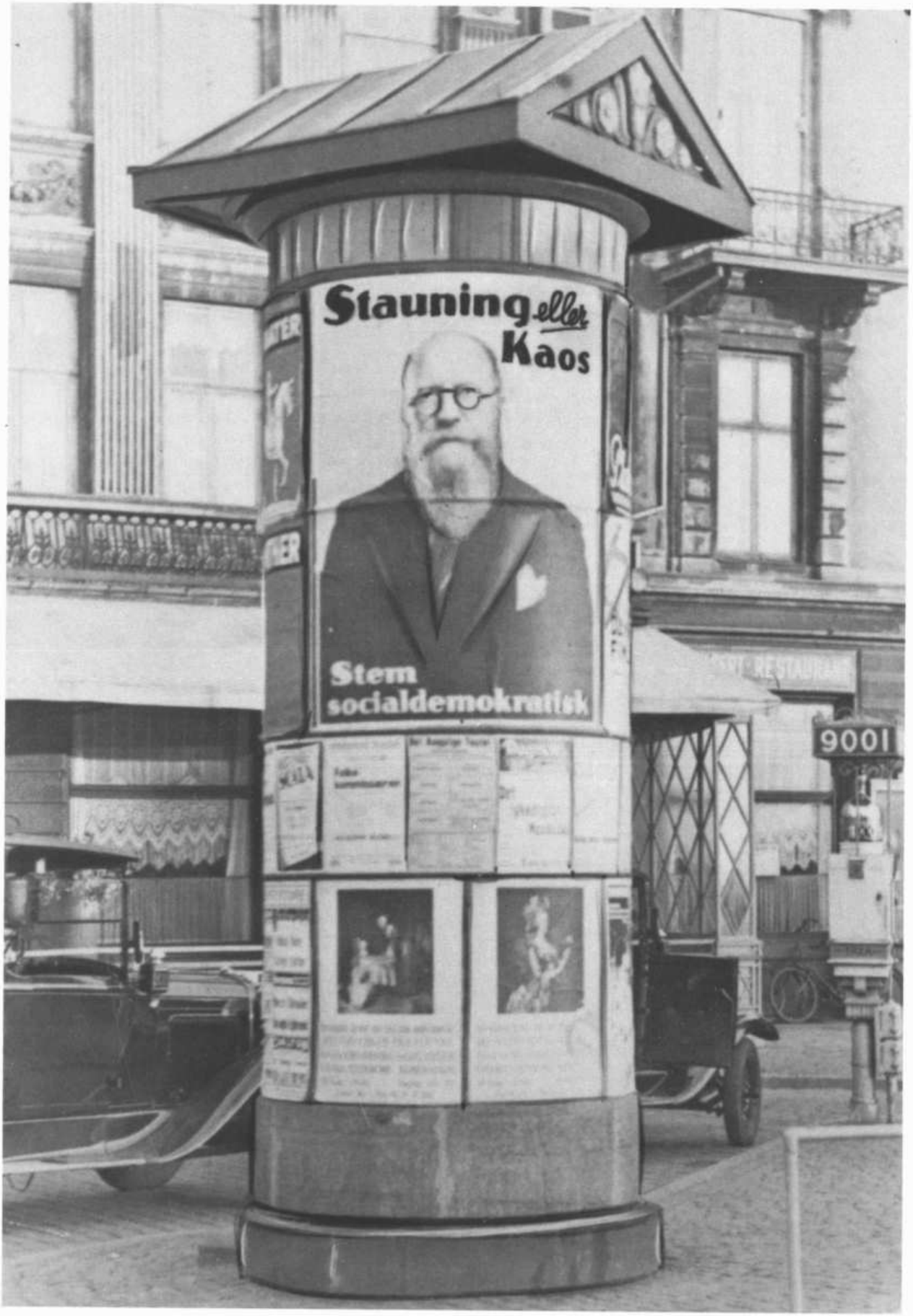
kratie in Fortsetzung ihrer alten Militärpolitik aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg, die Sozialliberalen wegen ihres grundsätzlichen Pazifismus.

Es war Stauning klar, daß Dänemark sich kaum aus einem kommenden Krieg heraushalten könnte und daß es fast unmöglich wäre, eine wirksame Verteidigung gegen eine der Großmächte aufzubauen. Es war aber möglich, einen effektiven Grenzschutz aufzubauen, evtl. auch eine Abwehrmacht, die es ermöglichte, einen Angriff so zu erschweren, daß er nur unter bestimmten Bedingungen erfolgen würde. Vorausetzung dafür wäre gewesen, daß es der Regierung gelänge, mit den anderen bürgerlich-demokratischen Staaten im Norden und/oder Westen Europas Verteidigungsbündnisse zu schließen. Trotz eines großen Einsatzes von Stauning, der mehrere Vorstöße in dieser Richtung unternahm, war dies nicht zu realisieren. Die großen antimilitaristischen Vorbehalte in der eigenen Partei hätte er vermutlich überwinden können, die der sozialliberalen Partei kaum. Aber da die Voraussetzungen für eine Änderung der Militärpolitik sich nicht verwirklichen ließen, endete der Versuch, sie umzugestalten, um 1937/38. Erreicht wurde lediglich ein etwas verbesserter Grenzschutz, der ein illegales Eindringen etwa von SA-Abteilungen, wie er 1933 angedroht worden war, verhindern konnte.

Ein Ergebnis dieser Politik der Klassenzusammenarbeit — die Stauning als die einzig realisierbare ansah — war auch die Unterwerfung der Gewerkschaften unter diese Politik. Wie 1933 wurden Konflikte auf dem Arbeitsmarkt auch 1934, 1936, 1937, 1938 und 1939 durch parlamentarisches Eingreifen verhindert. Das schuf Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse und führte zu einem Ansteigen der wilden Streiks und vermutlich auch zu einer gewissen Wahlenthaltung in Teilen der Arbeiterklasse, die sich am stärksten 1939 geltend machte. Insgesamt stützte aber die übergroße Mehrheit der Arbeiter die Politik Staunings, die u.a. auch verhinderte, daß die Krise ausschließlich auf Kosten der Arbeiter gelöst wurde.

Das neue Arbeitsprogramm, das Stauning 1934 schrieb, war eine Weiterführung des Odense-Programms von 1923. Es war auch unter dem Eindruck der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung entstanden und folgerte aus dieser, daß eine passive Hinnahme der Maßnahmen des Kapitals, zur Bewahrung seiner Herrschaft, nicht der geeignete Weg war, um dieser Niederlage zu entgehen. Unter (verbaler) Aufrechterhaltung der alten Zielsetzung der Partei wurde an alle appelliert, die unter der vom Kapitalismus produzierten Krise litten. Die von der Sozialdemokratie erwünschte Produktionsform könnte erst nach einer längeren Entwicklung, die nicht zu überspringen sei, erreicht werden. In der Zwischenzeit wäre es notwendig, eine kontrollierte Entwicklung zu unterstützen. Die Änderungen der Weltsituation, denen sich Dänemark anpassen müßte, wären von der Sozialdemokratie erkannt und in eine positive Politik der Planwirtschaft, wie sie in allen Ländern auf Grund der Weltwirtschaftskrise eingeleitet worden sei, umgesetzt worden. Daher sei es notwendig, daß alle, die von ehrlicher Arbeit

Der Wahlkampf zum Folketing 1935 wurde von der Sozialdemokratischen Partei unter dem Slogan „Stauning" geführt und brachte ihr ihren bisher größten Wahlerfolg mit über 46% der Stimmen. In einigen Arbeiterbezirken waren die Ergebnisse allerdings leicht rückläufig.


Stauning eller Kaos
Stem socialdemokratisk
9001

leben, sich zusammenschlössen. Es war eine Appell an die Volksgemeinschaft, aber nur an die Gemeinschaft der Arbeitenden; die Arbeiterklasse war der Kern dieser Gemeinschaft. Das Programm hieß nicht ohne Grund *„Dänemark für das Volk"* im bewußten Gegensatz zu *„Dänemark für das Kapital"*.

Verfassungstraum und Krieg

Im Jahr 1939 sollte die demokratische Reformarbeit einen vorläufigen Abschluß mit einer neuen Verfassung finden. Die 1915 angenommene Verfassung mit dem Zweikammer-System war überholt. Stauning hatte seit Jahren an einem neuen Vorschlag gearbeitet, der auch von den rechtsbürgerlichen Parteien akzeptiert werden konnte. Ende 1938 war der Vorschlag ausgearbeitet und sollte im April 1939 in einer Volksabstimmung angenommen werden.

Im Januar 1939 wurde daher der Kongreß der Partei vorzeitig durchgeführt. Auf diesem trat Stauning als Vorsitzender zurück: über 40 Jahre war er in der Partei tätig gewesen, davon 29 als Vorsitzender, es war jetzt Zeit für jüngere Kräfte — gewählt wurde sein „junger Mann" Hans Hedtoft. Es war gewiß ein Höhepunkt für Stauning; als er den Vorsitz der Partei übernahm, hatte die Partei mit 99 000 Stimmen 28% der Stimmen, 1936 erhielt sie 759 000 Stimmen und damit 46,6%, die Mitgliederzahl war von 43 000 auf gut 200 000 angewachsen. Die Partei stand im Zentrum des politischen Geschehens, und er war seit 10 Jahren Staatsminister. Es war ihm gelungen, die par-

Kongreß 1939, neben Stauning, links: Hans Hedtoft

lamentarische Demokratie im Kampf gegen die rechtsbürgerlichen Kräfte zu festigen in einer Zeit, wo die sozialdemokratischen Parteien Europas eine Niederlage nach der anderen erlitten und in ihren Ländern verboten wurden. Seine Politik des Staatsinterventionismus unter parlamentarischer Kontrolle hatte das Land vor den schlimmsten politischen und wirtschaftlichen Folgen der Weltwirtschaftskrise bewahrt. Und die demokratische Reform der Verfassung stand kurz vor ihrem Abschluß. Gewiß empfand er diese Reform nicht als ideal, gewiß war ihm klar, daß der Wahlsieg von 1935 nicht unproblematisch war, aber es war doch im wesentlichen erreicht — und gut erreicht — was unter den gegebenen Umständen erreicht werden konnte. Die junge Generation sollte den Kampf um den Sozialismus weiterführen.

Vor der Volksabstimmung wurde noch eine Wahl durchgeführt, der Stimmenanteil der Partei ging um ca. 3,5% zurück, und die Volksabstimmung endete mit einer knappen Niederlage. Stauning war tief enttäuscht, und irgendwie empfand er auch das Ergebnis als ungerecht. Hinzu kamen auch verstärkte Krankheitszeichen; er hatte sich über die Jahre zu stark belastet, nicht nur politisch, sondern auch im gesellschaftlichen Leben. Es ist nicht sicher, ob er sich auch über einen Rücktritt vom Staatsministerposten Gedanken machte, aber nach mehreren Berichten zu urteilen, war er sehr pessimistisch.

Wie dem auch sei, nach Ausbruch des Weltkrieges erhielt er seinen Posten. Nach der Besetzung Dänemarks blieb ihm auch keine andere Wahl. Die besondere Form der Besetzung, die die Regierung bestehen ließ, ermöglichte eine Weiterführung der bisherigen innenpolitischen Zusammenarbeit, nun aber in erweiterter Form: die beiden großen bürgerlichen Oppositionsparteien wurden in die Regierung aufgenommen. Die kleine dänische Nazipartei versuchte die Regierung durch außerparlamentarische Demonstrationen und unter Ausnutzung ihrer Beziehungen zur Besatzungsmacht zu stürzen. Diese Gefahr war nicht sehr groß, die Sozialdemokratie mit Stauning an der Spitze veranstaltete Gegenaktionen, und die Drohung verschwand. Problematischer war eine Aktion durch rechtsbürgerliche Kreise. Das parlamentarische System, das seine letzte große Bewährungsprobe erst 1920 bestanden hatte und das durch die Politik der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren gefestigt worden war, wurde jetzt von außerparlamentarischen Wirtschaftskreisen bedroht. Eine sogenannte Sachverständigen-Regierung, wie sie von einflußreichen Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft gefordert wurde, hätte gegenüber der Besatzungsmacht überhaupt keine Legitimation gehabt.

Es war daher klar, daß Stauning Staatsminister bleiben mußte, um teils die Reste der Handlungsmöglichkeiten, die der Regierung verblieben waren, zu bewahren und teils — was für ihn von entscheidender Bedeutung war — die Organisationen der Arbeiterbewegung intakt zu erhalten. Diese Organisationen forderten ihn Ende 1940 nochmals auf, auf seinem Posten zu verbleiben. Stauning folgte dieser Aufforderung. Er war stark

Verschärfte Stimmung nach der Hitler-Rede - am Vorabend des Ausbruchs des II. Weltkrieges.

geschwächt (auch gesundheitlich), aber führte die Regierung unter diesen Umständen und unter großen Zugeständnissen und persönlich kompromittierenden Verbeugungen weiter. Anscheinend war aber seine Autorität in der Öffentlichkeit ungemindert. Die in der erweiterten Regierung auftauchenden Widersprüche, die besonders von der Bauernpartei artikuliert wurden, wurden fast alle auf Kosten der Arbeiter „gelöst", aber wie Stauning meinte, war der Verlust der Selbständigkeit Dänemarks und die Abwehr der Diktatur wichtig, denn *„der Verlust dieser wird für die arbeitende Bevölkerung am schlimmsten"*[15]. Gleichwohl wurde die Verhandlungspolitik von den führenden Kräften der Arbeiterbewegung befürwortet. Stauning trug diese auch mit, obgleich er in der gegebenen Situation wenig Möglichkeiten für eine kommende selbständige Rolle Dänemarks sah. Seine Gesundheit verschlechterte sich jedoch weiter, und ab Neujahr 1942 war er praktisch am Ende. Sein Tod am 3. Mai 1942 durch Gehirnblutung kam nicht mehr unerwartet.

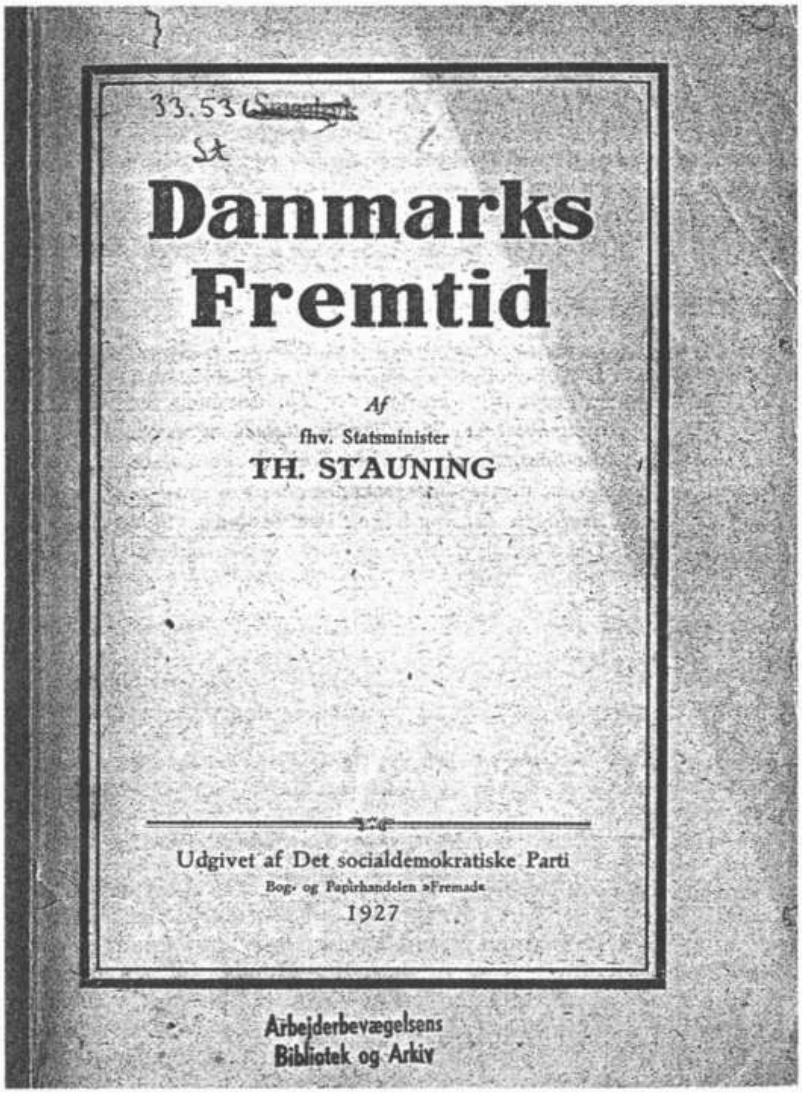
Staunings politische Theorie

Stauning war sicherlich kein politischer Theoretiker, andererseits war er aber schon gar kein atheoretischer Pragmatiker, wie man es ihm nachgesagt und zur Weisheit erhoben hat. In vielen seiner Reden und Artikel — die nicht vollständige Bibliographie umfaßt über 1600 Titel — findet man Versatzstükke einer politischen Theorie des Reformismus, die zusammengenommen die Grundlage für sein politisches Handeln ergaben. Sie war nicht nur für *seine* Praxis bestimmend: Er war ein durchaus typischer Sozialdemokrat seiner Zeit, und dieselben Theorien haben Tausende seiner Genossen entscheidend geprägt und sind noch viele Jahre nach seinem Tod für die Politik der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks bestimmend gewesen.

Ausgangspunkt seines politischen Handelns war die Einheit der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse. Dies wurde u.a. in Artikeln in *Samarbejdet* ausgedrückt, in denen er mit Stolz die Stärke der dänischen Arbeiterbewegung betonte und aufzeigte, daß die bisher apolitische englische Gewerkschaftsbewegung jetzt auf den politischen Weg gezwungen worden sei. Die politische Macht müßte genau so erobert werden wie die wirtschaftliche, *„... die eine ist so abhängig von der anderen, daß sie sich notwendigerweise begleiten müssen"*[16]. Dies war auch die Grundlage seiner Ablehnung der Syndikalisten, die ab etwa 1909 eine Opposition gegen die Sozialdemokratie bildeten, und wurde später ohne weiteres auf die linke politische Opposition, nach 1919 die Kommunisten, übertragen. Er sah diese als Spalter der Arbeiterbewegung und verwies dabei nach 1933 vor allem auf Deutschland, sah aber auch mit Entsetzen in Frankreich *„die erschreckende Leichtsinnigkeit, eine Allianz mit den Kommunisten einzugehen"*[17], die bereit wären, die Arbeiterbewegung hinterrücks zu überfallen. Dieser Antikommunismus beruhte auf dem Wunsch nach politischer Einheit der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie verwirklicht wurde. Konsequenterweise lehnte er daher

[15] T. Stauning: Tale ved Hovedbestyrelsesmødet 21. September 1940, in T. Stauning arkiv, ABA, kasse 45/9a S. 14.

[16] Der blases til Samling, in: Samarbejdet 13. Jg., 1904 Nr. 22, siehe auch Fagforeninger og Politik, in: ebd. 13. Jg., 1904 Nr. 4. Beide Artikel sind als Leitartikel unsigniert, dürften aber zumindest die Einschätzungen Staunings wiedergeben.



alle Einheits- und Volksfrontangebote ab: Volksfront wäre geplanter Verrat. Daher hätte in Schweden die Sozialdemokratie nicht die mit den Kommunisten vorhandene Mehrheit ausgenutzt, sondern wäre lieber ein Bündnis mit der Bauernpartei eingegangen.

Die Gegnerschaft zu den Kommunisten beruhte allerdings auch auf seiner Einschätzung der parlamentarischen Demokratie. Er sah diese nicht als fehlerfreies System und schon gar nicht in Dänemark Anfang der 20er Jahre. Für die Arbeiterklasse wäre der Parlamentarismus auch kein Ziel, sondern ein Mittel, um ihre Ziele auf friedlichem Weg zu erreichen. Diese Grundlage wünsche die Sozialdemokratie nicht zu verlassen, aber sie könne dazu gezwungen werden. Bemerkenswert ist dabei auch, daß Stauning die von der Sozialdemokratie geforderten Volksabstimmungen eher als konservativ dämpfend ansah, sie aber trotzdem als Ausgangspunkt für eine politische Erziehung des Volkes befürwortete. Diese politische Erziehung scheint ihm eine zentrale Angelegenheit gewesen zu sein. Dazu gehörte u.a. eine politische Dezentralisierung, die auch dazu

beitragen könnte, die tatsächlich bestehende Diktatur des Kapitals zu brechen.[18]

Die Politik des Klassenkompromisses, die Stauning verfocht, hatte als Voraussetzungen eben seine Auffassungen von der Einheit der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratischen Partei und die parlamentarische Demokratie. Er sah zu dieser keine theoretische Alternative, obwohl er durchweg daran festhielt, daß das Ziel des *„Kampfes der Sozialdemokratie... die Abschaffung des Kapitalismus"* wäre.[19] Dabei berief er sich auch auf Marx' Krisentheorie in der Einschätzung des Untergangs der kapitalistischen Gesellschaft. Er erkannte, daß die Arbeiterklasse anders aussah, als Marx sie gesehen hatte. *„Aber das ändert nicht einen Deut an den ökonomischen Prinzipien, die der Inhalt der Lehre von Karl Marx ist"*[20].

„Das heutige Dänemark ist eine solide Demokratie, so lange die Sozialdemokratie Stärke und Einfluß bewahren kann"[21]. Diese Aussage nach den beiden Wahlniederlagen des Jahres 1939 bestätigt, daß seine Auffassung von einer evolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen für ihn grundlegend war. Er konnte sich einen Sozialismus in einem Land zu Recht nicht vorstellen, besonders nicht in einem kleinen, rohstoffarmen Land wie Dänemark. Dies war die herkömmliche Auffassung in der dänischen Sozialdemokratie seit den 1880er Jahren. Die Möglichkeiten, die Stauning sah, um den Ausbau der Demokratie zu sichern, war die Stärkung der Arbeiterorganisationen, den Ausbau der Bildungsarbeit in diesen Organisationen, um die Arbeiter auf ihre Aufgaben vorzubereiten, die Sicherung des Parlamentarismus durch Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, die Unterordnung der Interessen der einzelnen Organisationen unter das Gesamtinteresse der Bewegung, das mit dem des Staates verwoben wurde. Er führte im Sommer 1939 aus: *„Wir sind so weit, aber auch nicht weiter gekommen, wie unsere Kraft es erlaubt hat"*[22]. Hinzu kam seine Überzeugung, daß die eigentliche Arbeiterklasse zahlenmäßig zu schwach wäre, um jemals die Mehrheit allein zu erobern. Es gälte daher, die *„Kleinbauern für den Sozialismus zu gewinnen, zusammen mit den Intellektuellen und den arbeitenden Mittelschichten in den Städten... das ganze arbeitende Volk kommt jetzt in Betracht"*[23]. In vielen Reden und Diskussionsbeiträgen auf Hauptvorstandssitzungen der Partei und anderswo hat Stauning Aussagen wie die hier zitierten wiederholt, modifiziert oder erweitert, z.B. dahingehend, daß die jetzige Generation die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus nicht mehr erfüllen könnte, sondern daß diese der kommenden Generation überlassen werden müßte. Das war nicht resignierend gemeint und sollte auch kein Verschieben in eine unbestimmte Zukunft sein. Vielleicht sollte auch sein Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden 1939 in diesem Licht gesehen werden.

Wichtig daran ist, daß Stauning ein Bild der Politik vor sich hatte, das seine aktuelle Politik bestimmte. Diese war davon bestimmt, daß er eine Sozialismus-Vorstellung hatte und daß diese eine durchdachte reformistische Strategie bestimmte. Sie

[18] T. Stauning: Parlamentarisme eller Diktatur? Kan Parlamentslede helbredes? Et politisk Stridsskrift, København 1923.

[19] (T. Stauning:) Odenseprogrammet. Udgivet af Socialdemokratisk Forbund ved Valget 1924, Aarhus 1924, S. 4.

[20] Protokol for den 22. socialdemokratiske Partikongres i Aalborg 1935, Aarhus o. J. [1935], S. 51. Vgl. auch seine Rede aus Anlaß des 50. Todestages von Marx in T. Stauning: Af Tidens Strid, København 1933, S. 239-242.

[21] T. Stauning: Nutidens Danmark — og Fremtidens. Foredrag paa Roskilde Højskole Sommeren 1939, København 1939, S. 19.

[22] Ebd. S. 4.

[23] T. Stauning: Socialdemodratiet i Dag, København 1938, S. 20.

war in ihrem Selbstverständnis keineswegs pragmatisch in einem Sinn, der mit opportunistisch oder inhaltslos synonym ist. Stauning vertrat einen breit zu fassenden reformistischen, vom tradierten Marxismus beeinflußten Sozialismus. Der Inhalt war durchaus vorhanden und hatte den Sinn, irgendeine Form des Sozialismus irgendwann einmal zu erreichen unter Mitwirkung der breiten Massen. Der Widerspruch von Kapital und Arbeit schien ihm in seiner praktischen Politik nicht unüberbrückbar, gleichwohl hielt er am Ziel fest. Zwar wurde die endgültige Verwirklichung dieses Sozialismus Ende der 30er Jahre in die Zukunft verschoben — der Jugend überlassen —, jedoch eben in der Erkenntnis, daß die Kraft der Arbeiterbewegung weder in Dänemark noch in der Welt derzeit für mehr ausreichte.

Literatur

Dorrit Andersen: Krisen og den danske arbejderbevgelse, in: Fran medeltid till välfärdssamhälle. Nordiska historikermötet i Uppsala 1974, Stockholm 1976, S. 49-58.

Jens Bang-Hansen: Det første socialdemokratiske ministerium 1924-26. En undersøgelse af baggrunden for dets dannelse og virke, København 1978.

Jørgen Bloch-Poulsen et al.: Planøkonomi og folkefront. Omkring Socialdemokratiet og DKP i mellemkrigstiden — Studier i historie og tekstvidenskab fra Roskilde Universitetscenter 3, København 1979.

Martin Grass: Friedensaktivität und Neutralität. Die skandinavische Sozialdemokratie und die neutrale Zusammenarbeit im Krieg, August 1914 bis Februar 1917 — Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung Bd. 117 — Bonn-Bad Godesberg 1975.

Dörte Putensen: Veränderungen in der Haltung der dänischen Sozialdemokratie zur Landesverteidigung in den dreißiger Jahren, in: Militärgeschichte, 1/1990, S. 48-54.

Susan Seymour: Anglo-Danish Relations and Germany 1933-1945 — Odense University Studies in History and Social Sciences vol. 78 — Odense 1982.

Viggo Sjøqvist: Danmarks udenrigspolitik 1933-1940 — Udgiverselskabet for Danmarks nyeste Historie — København 1966

Clart. Organ for de socialistiske faggrupper, København 1.-8. rg. 1936-1943.

Information. Tidsskrift for kommunistisk politik, København 1.-3. rg. 1934-1936.

Samarbejdet. Organ for Arbejdernes faglige interesser, København 1.-13. rg. 1893-1904.

Zeittafel T. Stauning

1873	Geburt am 26. Oktober
1887	Lehre als Zigarrensortierer
1890	Mitglied der Sozialdemokratischen Partei
1891	Geselle, Mitglied der Tabakarbeitergewerkschaft
1895	Hauptvorstandsmitglied der Tabakarbeitergewerkschaft
1896-1908	Vorsitzender der Zigarrensortierer-Gewerkschaft
1898-1904	Redakteur der Gewerkschaftszeitung *Samarbejdet*
1898	Kassierer der Sozialdemokratischen Partei; Ehe mit Anna Jensen
1901	Folketingskandidat in Fakse
1906	Wahl zum Folketing
1910	Vorsitzender (Geschäftsführer) der Sozialdemokratischen Partei; 8. Internationaler sozialistischer Kongreß in Kopenhagen
1913	Neues Parteiprogramm
1915	Skandinavisch-Holländische Konferenz in Kopenhagen
1916	Minister ohne Portefeuille
1918	Sozialminister
1917	Internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm; Kauf eines Wochenendhauses
1920	Osterkrise
1921	Anna Stauning stirbt
1922	2. Ehe mit Olga Kofod Hansen
1923	Odense-Programm
1924	1. Ministerium Stauning bis Dezember 1926
1929	Koalitionsregierung mit der sozialliberalen Radikalen Venstre
1930	Scheidung der Ehe mit Olga Stauning
1933	Kanslergade-Abkommen mit der Bauernpartei
1934	Programmschrift „Danmark for folket“
1935	Die Sozialdemokratische Partei bekommt 46,6% der Stimmen
1936	Regierung erringt Mehrheit in der 2. Kammer
1939	Rücktritt vom Parteivorsitz; Wahlniederlage der SP; Verfassungsvorschlag fällt bei Volksabstimmung durch
1940	9. April Besetzung Dänemarks; Regierungsumbildung
1942	Stirbt am 3. Mai.